

Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg  
Generalstaatsanwalt  
des Landes Brandenburg

## Vortrag

im Rahmen des Seminars „Deutsche Zustände und Selbstverständnisse – Politik und Gesellschaft im Zukunftsdialog“ der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politischen Bildung Rheinland-Pfalz am 26. September 2016 in Berlin

### **Brauchen wir einen neuen Patriotismus?**

#### **I. Patriotismus und Nationalismus als Ausdruck eines Nationalgefühls**

Vor der Beantwortung der Frage, ob wir einen neuen Patriotismus brauchen, steht die Feststellung, dass wir jedenfalls keinen neuen Nationalismus benötigen.

Denn die Deutschen sangen leider nicht nur die mit „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“ beginnende erste Strophe des Deutschlandliedes, sondern schändeten diesen bereits 1841 entstandenen, gegen die einen deutschen Nationalstaat ablehnenden Fürsten der vielen deutschen Partikularstaaten gerichteten Text, indem sie – wie es der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Philipp Scheidemann*, der 1918 die Republik ausgerufen hatte, in einer Rede am 24. Juni 1924 formulierte - aller Welt die Überzeugung beibrachten, „*dass Deutschland über alle und alles zu beherrschen bestrebt sei. ‚An deutschem Wesen soll die Welt genesen!‘ Was haben derartig törichte Worte dazu beigetragen, alle Welt gegen Deutschland aufzuhetzen! Nationalistische Gesinnung ist Intoleranz, Überheblichkeit, ist Bedrohung, ist Krieg oder mindestens dauernde Rüstung zum Krieg.*“ Von der Berechtigung dieser Aussage hat später das nationalsozialistische Deutschland ein grauenhaftes Zeugnis abgelegt. *Scheidemann* stellte in dieser Rede der nationalistischen die „*nationale Gesinnung*“ gegenüber, die er wie folgt definierte: „*Nationale Gesinnung ist innige Liebe zum Vaterlande, ist die Selbstverständlichkeit, alle Nationen, alle Menschen als gleichberechtigt anzuerkennen; ist der Wille, durch internationale Garantien jedem Volk die Möglichkeit zu schaffen, alles seiner besonderen Veranlagung und Begabung entsprechend in höchster Vollendung schaffen und mit aller Welt austauschen zu können.*“

Diese „*nationale Gesinnung*“, wie *Scheidemann* sie verstand, lässt sich nun als Gegenstück zum Nationalismus mit dem gleichsetzen, was man unter Patriotismus ver-

steht. Der frühere Bundespräsidenten *Johannes Rau* hat unmittelbar nach seiner Wahl am 23. Mai 1999 die beiden Phänomene wie folgt erklärt: *„Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt, ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet.“* Ich habe allerdings einer Rede des französischen Botschafters am 3. Oktober 2008 in Potsdam entnommen, dass diese Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus vom früheren Staatspräsidenten *Charles de Gaulle* stammt, der im Übrigen gern vom Europa der Vaterländer sprach. Vielleicht daran anknüpfend hat Bundesaußenminister *Frank-Walter Steinmeier* auf dem Staatsakt zu Ehren des verstorbenen Bundespräsidenten *Walter Scheel* am 7. September dieses Jahres als *„einen deutschen Patrioten und überzeugten Europäer“* bezeichnet.

Ich komme damit zu dem Zwischenergebnis, dass Patriotismus ein positiver und Nationalismus ein negativer Ausdruck eines Nationalgefühls ist.

## II. Das Ende des Nationalstaates?

Das Nationalgefühl setzt einen existenten oder erwünschten Nationalstaat voraus. Dieser ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts und dessen Zukunft hat der Soziologe *Zygmunt Bauman* kürzlich in einem Gespräch mit dem „*Spiegel*“ (36/3.9.16, S. 122 ff.) anlässlich der Migrationskrise skeptisch beurteilt: *„Die Legitimation des Nationalstaats ruhte auf drei Pfeilern: Militärische Sicherheit nach außen, Wohlfahrt im Innern, Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur. Dieses Stativ ist weggebrochen.“* Den Nationalismus und die Beschwörung ethnischer Einheit bezeichnete er als einen *„Ersatz für fehlende Integrationsfaktoren in einer desintegrierten Gesellschaft.“* Weiter heißt es: *„Der Nationalstaat wird seine Macht nicht wiedergewinnen. Längst sind die großen Städte der Welt die Laboratorien der neuen Mischgesellschaften geworden. In ihnen werden die Spannungen zwischen Mixophilie und Mixophobie im Pluralismus der Kulturen ausgetragen. Abschottung ist eine trügerische Versuchung. Die Tore sind aufgebrochen, sie lassen sich nicht mehr schließen.“*

So richtig aber auch die Prognose des künftigen Untergangs der Nationalstaaten sein mag, ist davon in der Realität nichts zu spüren und das Nationalgefühl sehr präsent. Um dies zu erkennen, muss man nur die diesjährigen Olympischen Spiele und insbesondere die Siegerehrungen verfolgt haben. Wer eine wissenschaftliche Antwort bevorzugt, sei auf das Ergebnis einer diesen Monat veröffentlichten repräsentativen Umfrage des international tätigen Marktforschungsinstituts *„YouGov“* hingewie-

sen. Danach sagen 31 Prozent, der Satz, bin *"Ich bin Deutscher"* beschreibe am besten ihre gefühlte Identität. 13 Prozent fühlen sich am stärksten ihrer Region verbunden, zwölf Prozent einer Stadt, elf Prozent dem Bundesland. Jeweils zehn Prozent sehen sich in erster Linie als Europäer oder Weltbürger. Auch der derzeitige Zustand der EU vermittelt nicht den Eindruck, dass das Ende der Nationalstaaten bevorsteht. Denn die Tendenz geht nun gerade nicht dahin, den Nationalstaaten noch mehr Kompetenzen zugunsten der Union zu nehmen, sondern dahin, nationale Eigenständigkeit zurückzugewinnen, wie der Brexit exemplarisch belegt. Doch bereits seit vielen Jahren war festzustellen, dass die fortschreitende europäische Einigung in der europäischen Bevölkerung auch auf Ablehnung stößt, weil der Verlust der nationalen Identität befürchtet wird. Dies wiederum war Wasser auf die Mühlen all derer, die nationalistische Positionen vertreten, was eine Erklärung dafür sein dürfte, dass der Rechtspopulismus und der Rechtsextremismus nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Europa längst vor der sogenannten Migrationskrise zugenommen haben. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, den Neonationalismus als gesamteuropäisches Phänomen abzutun.

### **III. Das Problem der Deutschen mit ihrem Nationalgefühl**

Uns Deutsche unterscheidet nämlich von anderen europäischen Nationen ein gestörtes Verhältnis zu unserem Nationalgefühl, unserer nationalen Identität, was auf die vergleichsweise späte Bildung eines Nationalstaates, zwei danach verlorene Weltkriege, die in deutschem Namen begangenen nationalsozialistischen Verbrechen und die anschließende Teilung des Landes zurückgeführt werden kann. Der dritte Bundespräsident, *Gustav W. Heinemann*, brachte diesen Befund in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 wie folgt zum Ausdruck: *„Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland.“*

Auf den Chauvinismus im Wilhelminischen Kaiserreich folgte eine durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Versailler Friedensvertrag bedingte nationale Niedergeschlagenheit, woran sich der nationalistische Exzess der *Hitler*-Diktatur anschloss. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Begriff der deutschen Nation - durchaus verständlich - in beiden deutschen Staaten vielfach verdrängt. In der DDR gipfelte dies darin, dass die Worte *„deutsche Nation“* 1974 aus der Präambel der Verfassung getilgt und die DDR-Hymne mit der Textzeile *„Deutschland, einig*

*Vaterland!*“ nicht mehr gesungen, sondern nur noch die Musik gespielt wurde. In der Bundesrepublik wurde die Thematik der nationalen Identität mit Rücksicht auf die westlichen Verbündeten von den Regierungen zurückhaltend behandelt und der 1963 vom Bundespräsidenten zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ proklamierte 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ verkam seit den 70er Jahren immer mehr zur bloßen Sommerfreizeit, weil kaum noch jemand an eine Wiedervereinigung der Nation glaubte. Ende der 70er Jahre prägte der Politikwissenschaftler *Dolf Sternberger* den Begriff „Verfassungspatriotismus“, durch den unter dem Einfluss des Sozialwissenschaftlers *Jürgen Habermas* viele Intellektuelle einen auf die Nation bezogenen Patriotismus ersetzen wollten. Dieser Versuch, durch die rationale Identifikation des Bürgers mit der verfassungsmäßigen Grundordnung eine als gefährlich bewertete affektive Identifikation im Sinne einer gefühlsmäßigen Bindung des Bürgers an die Nation zu vermeiden, ist meines Erachtens jedoch mit der von nationalen Emotionen getragenen Wiedervereinigung fehlgeschlagen. Weiter ist bezüglich der alten Bundesrepublik zu erwähnen, dass sich bei vielen Angehörigen der sogenannten 68er Generation als Reaktion auf die durch den Kalten Krieg begünstigte mangelnde Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus, ein „negativer Nationalismus“ entwickelte, wonach alle anderen Nationen besser als die eigene bewertet wurden. Diese bis zur Selbstverleugnung reichende Kritik an der eigenen Nation ist heute in Reinkultur noch bei Linksautonomen vorzufinden, die ihren negativen Nationalismus während des Prozesses der Wiedervereinigung mit Sprüchen wie „Deutschland verrecke!“ oder „Nie wieder Deutschland!“ zum Ausdruck gebracht haben.

Nach der Wiedervereinigung der Nation wurde der Politik bald klar, dass die Frage der „nationalen Identität“ neu bestimmt werden musste. Altbundeskanzler *Helmut Schmidt* (SPD) gebührt der Verdienst, mit der vornehmlich von ihm betriebenen Gründung der Deutschen Nationalstiftung am 6. August 1993 in Weimar auf die zu behandelnde Problematik unmissverständlich aufmerksam gemacht zu haben. So heißt es in dem Gründungsaufwurf:

*„Die Idee der deutschen Nation und die Bestimmung unserer nationalen Identität in einem geeinten Europa dürfen wir weder extremen politischen Kräften noch den Gegnern der europäischen Integration überlassen. Der Versuch auf den Begriff von Nation und nationaler Identität zu verzichten, müsste abermals die Gefahr einer*

*deutschen Sonderrolle auslösen. Keine andere Nation würde eine ähnliche Rolle für sich akzeptieren.“*

Doch das war nun leichter gesagt als getan. Es sei nur daran erinnert, dass *Roman Herzog* (CDU) durch die Äußerung nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 25. Mai 1994, Deutschland müsse seine Rolle in der Welt „*unverkrampt*“ spielen, sogleich in den unbegründeten Verdacht geriet, die Deutschen von der Last ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit befreien zu wollen. Gegen diese Unterstellung verteidigte *Herzog* sich in der Rede nach seiner Vereidigung am 5. Juli 1994, indem er offen den Argwohn des Auslands ansprach, das wiedervereinigte Deutschland könne „*auf die alten wilhelminischen Pfade zurückkehren*“. Die Frage der deutschen Nation sei „*aus guten Gründen lange Jahre ganz tief gehängt*“ worden, dürfe „*jetzt aber nicht irgendwelchen Rattenfängern*“ überlassen werden:

*„...wir Deutschen haben allen Grund, uns in dieser Frage sehr, sehr vorsichtig zu bewegen. Dazu sollten uns schon die Schandtaten veranlassen, die in deutschem Namen begangen worden sind, genauso aber auch die Erfahrung, daß unser Volk, vielleicht mehr als andere, sowohl in der Niedergeschlagenheit als auch im Jubel zur Übertreibung neigt und daraus wieder neues Unheil und neues Unrecht entstehen könnte. Ich rate uns aus allen diesen Gründen...die Liebe zu unserem Land nicht einen Augenblick zu verschweigen, uns dabei aber...ausgesprochen leiser Töne zu befleißigen. Nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen sind das letzte, was wir dabei brauchen können.“* *Herzogs* Nachfolger *Johannes Rau* bekannte sich dann 1999 ebenfalls zum Patriotismus, was ich ja bereits erwähnt habe. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass der Großvater von *Raus* Frau, Bundespräsident *Gustav Heinemann*, auf die Frage, ob er die Bundesrepublik liebe, einmal äußerte: „*Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!*“ Doch in demselben, vor der Wahl *Heinemanns* zum Bundespräsidenten erschienenen Artikel im „*Spiegel*“ (3/19.1.1969, S. 27 ff.) heißt es auch: „*Gustav Heinemann hat einmal gesagt, es sei uns von den Großvätern ‚etwas von der Freude überkommen, die sich mit der unter Bismarck endlich erreichten Einheit verband‘. Das mag nicht hinreichen, ihn der CSU als einen Patrioten zu empfehlen. Aber es mag helfen zu erklären, warum er diesen Teilstaat Bundesrepublik als etwas freudlos Vorläufiges empfindet, als ein Durchgangsstadium -- als das Provisorium eben, als das die Bundesrepublik von den Vä-*

tern des Grundgesetzes einmal gemeint war.“ Doch zurück zur jüngeren deutschen Geschichte:

Ende des Jahres 2000 begann eine allgemeine Diskussion über die „*nationale Identität*“. Auslöser war, dass der damalige CDU-Generalsekretär *Laurenz Meyer* in der Ausgabe des „*Focus*“ vom 28. Oktober 2000 äußerte: „*Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!*“ Ein Spruch, den man zuvor nur von Aufnehmern auf den Jacken der sogenannten Nazi-Skinheads kannte. Der vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden *Friedrich Merz* in einem Beitrag für die Ausgabe der „*Welt*“ vom 25. Oktober 2000 kreierte Begriff „*deutsche Leitkultur*“ assoziierte ebenfalls nationalistisches Gedankengut. Nachdem der damalige Bundesumweltminister *Jürgen Trittin* am 12. März 2001 *Laurenz Meyer* wegen dessen anfangs zitierten Ausspruchs die „*Mentalität eines Skinheads*“ unterstellt hatte, setzte eine heftige „*Nationalstolzdebatte*“ ein, die nur langsam abflaute. Ende 2004 flammte die öffentliche Diskussion über die „*nationale Identität*“ wieder auf, weil der damalige Bundesfinanzminister *Hans Eichel* (SPD) Anfang November den Vorschlag unterbreitet hatte, den Tag der Deutschen Einheit aus Kostengründen nicht mehr am 3. Oktober, sondern am ersten Sonntag des Monats Oktober zu begehen.

Die Auseinandersetzung wurde sodann als „*Patriotismusdebatte*“ unter dem Gesichtspunkt der Integration von Ausländern und der Bekämpfung des Islamismus fortgeführt. Die CDU erhob die Thematik zu einem Schwerpunkt ihres Parteitages am 6./7. Dezember 2004 in Düsseldorf, und in der Ausgabe des „*Focus*“ vom 6. Dezember erschien ein begleitender Artikel unter dem programmatisch plakativen Titel „*Nation statt Multikulti*“. Zuvor hatten *Günter Buchstab* und *Jörg-Dieter Gauger* von der Konrad-Adenauer-Stiftung rechtzeitig ihr dreiundvierzig Seiten umfassendes „*Plädoyer für einen modernen Patriotismus*“ vorgelegt. Durch die Vorziehung der Bundestagswahlen erfüllte sich die Ankündigung des damaligen CSU-Generalsekretärs *Markus Söder* („*Berliner Zeitung*“ vom 22./23. Januar 2005) nicht, dass die Union das Thema Patriotismus zum Wahlkampfthema machen werde. Auf dem CDU-Landespartei-tag in Sachsen am 5. November 2005 wurde dann jedoch als Reaktion auf den dortigen Wahlerfolg der NPD der Beschluss „*Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa. Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft*“ gefasst, deren siebente lautet: „*Der Patriot liebt das eigene Vaterland und schätzt im Unterschied zum Nationalisten die Vaterländer der anderen.*“ Der Begriff

Patriotismus findet sich nun mit einer recht schwammigen Definition auch im neuen Grundsatzprogramm der CDU, das vom 21. Parteitag am 3. Dezember 2007 in Hannover verabschiedet worden ist: *„Patriotismus bedeutet für uns, im Bewusstsein der Vergangenheit unseres Landes seine Zukunft verantwortlich zu gestalten.“*

Leider vermag die CDU aber nicht von dem missverständlichen Terminus *„Leitkultur“* abzulassen, sondern dieser scheint sich sogar zu einem *„konservativen Kampfbegriff“* entwickelt zu haben, wie es der frühere FDP-Generalsekretär *Dirk Niebel* einmal formulierte. So plädierten dafür im November 2004 erneut der damalige bayerische CSU-Innenminister *Günter Beckstein* und der brandenburgische CDU-Innenminister *Jörg Schönbohm*. Daraufhin warnte CDU-Präsidiumsmitglied *Wolfgang Schäuble* seine Partei vor einer *„Debatte über den missverständlichen Begriff der Leitkultur“*, die auf dem Parteitag Anfang Dezember 2004 auch mit viel Geschick verhindert wurde, indem in dem einschlägigen Leitantrag nicht mehr von *„deutscher“*, sondern von *„freiheitlicher demokratischer Leitkultur“* die Rede war. Nach der Bundestagswahl stieß der neu gewählte Bundestagspräsident *Norbert Lammert* *„die damalige sehr kurze und voreilig abgebrochene Debatte zum Thema Leitkultur“* erneut in der Ausgabe der *„Zeit“* vom 20. Oktober 2005 an. Schließlich findet nunmehr im neuen Grundsatzprogramm der CDU der Begriff *„Leitkultur in Deutschland“* Verwendung.

Nach meiner Auffassung lassen sich die nationalistische Assoziationen weckenden Begriffe *„Leitkultur“* und *„Stolz“* nur schwer mit dem Verständnis des Patriotismus als einer andere Länder nicht herabsetzende Liebe zum eigenen Land vereinbaren und sollten daher nicht verwendet werden. Während der Begriff *„Leitkultur“*, wie gesagt, missverständlich ist, kommt dem Substantiv *„Stolz“* laut Duden auch die Bedeutung *„übertriebenes Selbstbewusstsein“* oder *„Überheblichkeit“* zu. In diesem Sinn haben die Deutschen die anderen Nationen während des Wilhelminischen Kaiserreichs und des sogenannten Dritten Reichs zu übertreffen versucht, sodass man geneigt ist, dem Theologen *Friedrich von Bodelschwingh* (1831-1910) zu folgen: *„Jeder Stolz kommt vom Teufel, auch der Nationalstolz“*, oder aber dem Volksmund: *„Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz“*.

Während der Fußballweltmeisterschaft 2006 war jedenfalls von *„Stolz“* und *„Leitkultur“* wenig zu bemerken. In der *„Neuen Züricher Zeitung“* wurde am 25. Juni 2006

unter der Überschrift *„Ein Land badet in Schwarz-Rot-Gold“* ausgeführt: *„Ganz Deutschland wundert sich und die Welt ringsum erst Recht. So viel fröhlichen Patriotismus und schwarz-rot-goldene Begeisterung, gepaart mit offenherziger Gastfreundschaft, hätte den Gastgebern der Fußballweltmeisterschaft niemand zugetraut“*.

Dieser fröhliche Patriotismus ist seit der Migrationskrise durch Pegida und AfD vertrieben worden, in der nationalistische Tendenzen dominieren.

#### **IV. Migrationskrise und Nationalismus**

Zwischen beiden Phänomenen besteht ein Zusammenhang, und zwar nicht erst seit der aktuellen Migrationskrise, sondern auch bereits während derjenigen zur Zeit der Wiedervereinigung der Nation. Zwar erkläre ich mir das Wiederaufflammen des Nationalismus nach der Wiedervereinigung auch als eine Gegenreaktion auf die vorangegangene Verdrängung der Thematik der deutschen Identität. Doch die Einmündung in Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und der dramatische Anstieg von rassistischen und fremdenfeindlichen Straftaten stand auch im Zusammenhang mit der damaligen Migrationskrise. Es sei daran erinnert, dass die Wiedervereinigung in eine von 1988 bis 1993 andauernde Phase der Zuwanderung einer Vielzahl von Asylsuchenden aus der Dritten Welt in die Europäische Union fiel, von denen fast Zweidrittel in der Bundesrepublik ankamen, wo sie nach 1990 auch auf die neuen Bundesländer verteilt wurden. Dies war meines Erachtens eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, denn die ehemaligen Bürger der DDR waren Ausländer nicht gewöhnt, der Ausländeranteil lag 1988 bei nur 1,2 %. Die Staats- und Parteiführung der DDR hatte einerseits zwar Völkerfreundschaft gepredigt, andererseits aber jeden Ausländer als potenzielles Sicherheitsrisiko angesehen und alles unternommen, um unkontrollierte Kontakte von DDR-Bürgern zu Ausländern zu unterbinden. Dazu gesellten sich negative Erfahrungen der Bevölkerung mit Angehörigen der *„sozialistischen Bruderländer“* als unerwünschte Konsumkonkurrenten zurzeit der Versorgungsengpässe in den 80iger Jahren, während die Möglichkeiten, positive Erfahrungen mit Ausländern zu machen, wegen des *„Eisernen Vorhangs“* erheblich geringer waren als für Bürger der alten Bundesrepublik. Hinzu kam auch noch, dass sich unter den Asylsuchenden viele so genannte Wirtschaftsflüchtlinge befanden.

Man darf Menschen, die sich in wirtschaftlicher Not befinden, nicht vorwerfen, dass sie versuchen sich dieser Notlage zu entziehen. Aber die Bereitschaft von

Staaten, denen es wirtschaftlich besser geht, derartige Menschen aufzunehmen sind begrenzt und die Akzeptanz der Bevölkerung hängt wesentlich davon ab, ob sie mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden ist. Das war nun bei den neuen Bundesbürgern gerade nicht der Fall. Viele hatten ihre bisherigen Arbeitsplätze verloren und befanden sich in einer wirtschaftlichen Krise, sodass sie die Asylbewerber als Konkurrenten im Existenzkampf um die knapp bemessenen staatlichen Ressourcen betrachteten. Auch fühlten sie sich in der Erwartung enttäuscht, dass sich der Staat zunächst um sie als „*Deutsche*“ zu kümmern habe, die in der DDR unter ökonomisch schlechteren Bedingungen als in der BRD gelebt hatten. Eine Begebenheit, die *Anetta Kahane*, Vorstandsvorsitzende der „*Amadeu Antonio Stiftung*“, während einer Veranstaltung in der Berliner Akademie der Künste am 20. Juni 2006 geschildert hat, belegt diese Erwartungshaltung schlaglichtartig: Am Tag nach dem Mauerfall sagte ein Ostdeutscher zu einem Türken in Kreuzberg, dass er „*gehen*“ könne, „*denn jetzt sind wir da!*“ Nach meiner damaligen persönlichen Wahrnehmung ist durch die Konfrontation der Ostdeutschen mit Wirtschaftsflüchtlingen die ausländerfeindliche Stimmung enorm aufgeheizt worden. Doch auch in den alten Bundesländern kam es zu schweren Übergriffen, und ich habe miterlebt, wie engagierte Befürworter des damals geltenden Asylrechts in den alten Bundesländern in ihren sozialen Kuschelecken verstummten, wenn sie erfuhren, dass in der Nähe ihres Wohnortes die Einrichtung eines Asylbewerberheims geplant war. Da die Migrationswelle somit nicht nur eine Überforderung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern darstellte, sondern auch in den alten, der das Zusammenleben mit Ausländern vertrauter war, und der Staatshaushalt in Bedrängnis geriet, wurde schließlich im Mai 1993 der Zugang zum politischen Asyl in Deutschland durch Änderung des Grundgesetzes (Art.16 a) stark eingeschränkt. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung vor und nach dem umstrittenen „*Asylkompromiss*“ wurde von den Rechtsextremisten für ausländerfeindliche Hetze genutzt, die brennende Asylbewerberheime und sonstige schwerste ausländerfeindliche Gewalttaten im gesamten Bundesgebiet zur Folge hatte. Die Intensität der Gewaltanwendungen schien häufig in einem Zusammenhang mit dem Ausmaß der von den Täter empfundenen Fremdheit ihrer Opfer zu stehen, sodass gerade in den Taten zum Nachteil von Opfern mit einer anderen Hautfarbe eine Vernichtungstendenz zum Ausdruck kam, die vermuten ließ, dass die Täter

ihnen das Menschsein aberkannten. Die Täter dieser rassistischen und fremdenfeindlichen Straftaten, die in den neuen Bundesländern häufiger vorkamen als in den alten, waren zumeist Jugendliche und Heranwachsende. Diese wurden bis Ende der 90er Jahre von einer Jugendkultur geprägt, die von rechtsextremistischen Vorstellungen dominiert war. Brandenburg hat darauf als erstes Bundesland reagiert, indem 1997 das *„Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“*, gegründet wurde und die Landesregierung 1998 das Handlungskonzept *„Tolerantes Brandenburg“* beschloss. Inzwischen gibt es hier eine wache Zivilgesellschaft und 2007 konnte ich in dem Sammelband *„Rechtsextremismus in Brandenburg“* einen stetigen Rückgang rassistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten bilanzieren.

Das ist nun Schnee von gestern. Die zweite Migrationskrise im wiedervereinigten Deutschland hat zu einem erschreckenden Anstieg von Gewalttaten geführt und innerhalb von Pegida und AfD sind nationalistische Töne unübersehbar. Erfreulich ist, dass sich die Zivilgesellschaft nun auch in den neuen Bundesländern gegen die Gewalttaten zur Wehr setzt und die Jugendkultur vielfältiger ist als in den 1990er Jahren. Doch die bundesweiten Wahlerfolge der AfD stellen die vorangegangenen der NPD und der DVU in den neuen Bundesländern bei weitem in den Schatten. Ich vermute, dass diejenigen, die von der rechtsextremen Jugendkultur der 1990er Jahre geprägt wurden, die treibenden Kräfte sind.

### **V. Was ist zu tun?**

Da offensichtlich ein Zusammenhang zwischen Migrationskrise und Nationalismus besteht, muss diese gelöst werden.

Der Historiker *Heinrich August Winkler* hat kürzlich in einem Interview, das im *„Focus“* (Nr. 38/17.9.2016, S. 31 ff.) erschien, geäußert: *„Keine westliche Demokratie ist in der Lage, die Probleme der Dritten Welt auf ihrem Territorium zu lösen. Es gibt kein Menschenrecht auf Einwanderung. Humanitäre Asylpolitik bedeutet, dass man vorab die Frage stellt, wer wirklich verfolgt ist im Sinne des Asylrechts oder schutzwürdig im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.“* Er hat weiter darauf hingewiesen, dass die alte Bundesrepublik 1948/49 bei der Schaffung des Grundgesetzes einen Sonderweg in Sachen Asylrecht eingeschlagen habe. In der ursprünglichen Fassung

habe es geheißen: *„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des Allgemeinen Völkerrecht.“* Die Streichung *„im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“* habe sich als problematisch erwiesen: *„Sie hat mit dazu beigetragen, dass sich das Bild verfestigte, die Bundesrepublik sei asylopolitisch ein Land der unbeschränkten Möglichkeiten. Ich meine, es ist eines der großen Versäumnisse der deutschen Politik, dass dem durch die Propaganda von Schleusern entstandenen Zerrbild vom Paradies Bundesrepublik nie wirksam entgegengetreten wurde.“*

Festzuhalten bleibt, dass kein Staat eine unbegrenzte Zahl an Asylanten und Flüchtlingen aufzunehmen vermag. Grenzen werden gesetzt durch die Finanzkraft des Staates, die auch den Umfang der zur Verfügung stehenden Integrationsressourcen bestimmt, und die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung. Zwar sind die Staatsfinanzen anders als bei der ersten Migrationskrise in gutem Zustand, doch inwieweit die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung nachlässt, spiegeln die Wahlerfolge der AfD wieder. Wird die zweite Migrationskrise nicht gelöst, bedeutet dies faktisch die Züchtung von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten.

Auch muss deren neuem Nationalismus etwas entgegengesetzt werden. Als der Vordenker der PDS, *Michael Schumann*, tödlich verunglückt war, erschien am 4. Dezember 2000 im *„Tagesspiegel“* unter dem Titel *„Die Linke darf die Nation nicht verachten“* sein letztes Manuskript, in dem er die damalige PDS-Parteivorsitzende *Gabi Zimmer* gegen Kritik an ihrer *„Liebeserklärung an Deutschland“* in Schutz nahm. Zu diesem Artikel habe ich in der Ausgabe des *„Tagesspiegel“* vom 19. Dezember 2000 angemerkt, dass es ein verhängnisvoller Fehler wäre, auf den neuen Nationalismus wiederum mit einer Tabuisierung oder gar Ächtung jeder Erscheinungsform eines nationalen Bewusstseins zu reagieren und damit den Rechtsextremen letztlich die inhaltliche Gestaltung der nationalen Identität zu überlassen. So habe ich gefordert: *„Diesem neuen deutschen Nationalismus muss ... ein zu entwickelnder deutscher Patriotismus entgegengehalten werden, dem - vom Gedanken der europäischen Einigung beseelt - eine Geringschätzung anderer Nationen wesensfremd ist und der auch das Bekenntnis zur eigenen verfassungsmäßigen Ordnung beinhaltet.“* In meiner 2008 in letzter Auflage erschienenen Broschüre *„Schwarz-Rot-Gold: Das Symbol für die nationale Identität der Deutschen!“*, die im Internet abrufbar ist, habe ich den Versuch unternommen, dem Nationalismus der Rechtsextremen unter Schwarz-

Weiß-Rot einen Patriotismus der Demokraten unter Schwarz-Rot-Gold entgegenzusetzen.

Heute verwenden die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten zwar vermehrt die Bundesflagge, doch es werden auch weiterhin die schwarz-weiß-rote Flagge des Wilhelminischen Kaiserreichs und neuerdings eine alternative schwarz-rot-goldene Flagge mit einem skandinavischen Kreuz, die sogenannte *Wirmer-Flagge*, gezeigt. Diese stammt aus dem Kreis des Widerstandes gegen *Hitler* und wurde, leicht abgewandelt, bei der Beratung des Grundgesetzes als Bundesflagge von der CDU vorgeschlagen. Ihre Attraktion für die Rechtspopulisten besteht darin, dass vielen Verschwörern des 20. Juli und insbesondere *Stauffenberg* nach einem geglückten Putsch keine westliche Demokratie als Staatsform vorschwebte. Daher bedeutet die Flagge eine bewusste Abgrenzung zu der Flagge der Paulskirchen-Verfassung von 1849 und die der Weimarer Republik, deren Tradition mit unserer Bunde­flagge fortgesetzt wird. Die Bundesflagge ist übrigens in ihrer heutigen Gestalt erstmals belegt auf dem Hambacher Fest von 1832, das *Heinrich Heine* mit dem Wartburgfest von 1817 wie folgt verglich:

*„Der Geist, der sich auf Hambach aussprach, ist grundverschieden von dem Geiste oder vielmehr von dem Gespenste, das auf der Wartburg seinen Spuk trieb. Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufgangslieder und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken; hier aber auf der Wartburg, krächzte die Vergangenheit ihren obskuren Rabengesang, und bei Fackellicht wurden Dummheiten gesagt, die des blödsinnigsten Mittelalters würdig waren! Auf Hambach hielt der französische Liberalismus seine trunkensten Bergpredigten, und sprach man auch viel Unvernünftiges, so ward doch die Vernunft selber anerkannt als jene höchste Autorität, die da bindet und löset und den Gesetzen ihre Gesetze vorschreibt; auf der Wartburg hingegen herrschte jener beschränkte Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anderes war als der Haß des Fremden, und dessen Glaube nur in der Unvernunft bestand, und der in seiner Unwissenheit nichts besseres zu erfinden wußte, als Bücher zu verbrennen!“.*

Doch zurück zur Verwendung der *Wirmer-Flagge* durch die Rechtspopulisten. In einem Artikel, der am 7. September 2016 in der FAZ erschien, heißt es *„Die Aneignung von Symbolen und Personen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ist Teil einer Strategie, sich zu einem Widerstandskämpfer in einem unfreien Staat zu stilisieren. Unterstützt wird diese absurde historische Analogie, wenn AfD-Politiker wie Björn Höcke und Alexander Gauland von einer ‚Kanzler-Diktatorin‘ sprechen.“* Dies alles zeigt, dass die Rechtspopulisten mit dem durch die Bundesflagge symbolisierten Patriotismus fremdeln, dessen Wesenskern der bekennende Kommunist *Berthold Brecht* (1898-1956), einflussreichster deutscher Dichter des 20. Jahrhunderts, bereits 1949 mit seiner *„Kinderhymne“* getroffen hat, die nach der Wiedervereinigung als Text unserer Nationalhymne ins Gespräch gebracht wurde, auch weil sie wegen des gleichen Versmaßes wie das Deutschlandlied ebenfalls nach der 1797 entstandenen Melodie von *Joseph Haydn* hätte gesungen werden können:

*Anmut sparet nicht noch Mühe  
Leidenschaft nicht noch Verstand  
Daß ein gutes Deutschland blühe  
Wie ein andres gutes Land.*

*Daß die Völker nicht erleichen  
Wie vor einer Räuberin  
Sondern ihre Hände reichen  
Uns wie andern Völkern hin.*

*Und nicht über und nicht unter  
Andern Völkern wolln wir sein  
Von der See bis zu den Alpen  
Von der Oder bis zum Rhein.*

*Und weil wir dies Land verbessern  
Lieben und beschirmen wir's*

*Und das liebste mag's uns scheinen*

*So wie andern Völkern ihrs.*

Ich komme zur Beantwortung der mir gestellten Frage: Ja wir brauchen einen Patriotismus, wenn auch keinen völlig „neuen“. Bekämpft man hingegen sowohl einen Nationalismus als auch einen Patriotismus, negiert man die Realität einer existenten Nation und eines in der Mehrheit der Bevölkerung vorhandenen Nationalgefühls. Damit überlässt man die Definition der nationalen Identität kampflos den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, die dadurch aus der Bevölkerung noch mehr Zuspruch erfahren werden.